

# Kirchen schreiben an Kanzlerin

**LANDEBAHN** Mainzer Dekane kritisieren in ökumenischer Aktion Einweihung durch Angela Merkel

**MAINZ** (mon). In einem Offenen Brief haben sich die Mainzer Dekanate der evangelischen und der katholischen Kirche an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gewandt und deren Absicht kritisiert, die neue Nordwestbahn des Frankfurter Flughafens einzuweihen, indem die Kanzlerin selbst im ersten Flugzeug dort landet. Für die Menschen der Region sei der 21. Oktober „ein bitterer Tag“, schreiben Pfarrer Andreas Klodt und Präses Dr. Birgit Pfeifer (evangelische Kirche) sowie Pfarrer Markus Kölzer und Dr. Manfred Alflen, Vorsitzender der Dekanatsversammlung der katholischen Kirche. „Als evangelische und katholische Kirche in Mainz sehen wir unseren Platz bei den Bewohnern der Stadt, die in ihrem geistlichen, sozialen und kulturellen Arbeiten unter dem Lärm von oben leiden“, begründen die Dekane Klodt und Kölzer und die Laien-Vertreter ihr Engagement. Überdies bestehe für die Kirchen als Träger von Kinder-, Kranken- und Altenbetreuung eine unmittelbare Fürsorgepflicht.

Die im Mediationsergebnis zum Flughafen-Ausbau aus dem Jahr 2000 zugesagte Rechtssicherheit sei in allen wesentlichen Punkten nicht realisiert worden, beklagen die Kirchen-Repräsentanten. Insbesondere fehlten ein gesetzlich verankertes Nachtflugver-

bot von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens und ein Anti-Lärm-Pakt, „der seinen Namen verdient“. Auch am Tag stehe den Menschen Schutz vor Fluglärm zu. Steilere Starts und Landungen und höhere Anflug- und Parkräume für Flieger dürften nicht an eventuell höheren Kosten scheitern. Außerdem sähen hunderttausende Menschen in Mainz und Umgebung völlig zu Recht nicht ein, wieso die Grenze zwischen schwerwiegender „Belastung“ und zumutbarer „Belästigung“ durch Fluglärm genau am Rhein, also an der Grenze zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz verlaufe. Bei der Analyse der Fluglärmbelastung müssten alle Gebiete einbezogen werden, über denen die Flugzeuge tiefer als 4000 Meter fliegen sollen. Die Definition von maximalen Einzelschallereignissen dürften 60 Dezibel am Tag und 55 Dezibel in der Nacht nicht übersteigen. Abschließend heißt es in dem Brief an die Kanzlerin: „Zum physischen und psychischen Leiden unter der Fluglärmbelastung kommt die Erfahrung, als Lärm-Betroffene nicht ernst genommen zu werden und mit ihren Anliegen hinter Fragen der Wirtschaftlichkeit zurückstehen zu müssen. Diese Erfahrung macht Menschen krank, aggressiv oder resignativ und zerstört das Vertrauen in die Tüchtigkeit des demokratischen Gemeinwesens.“

# Ökumenischer Kampf gegen Nachtfluglärm

**Protest** Brief an Merkel – Auch SPD positioniert sich

■ **Mainz.** Evangelische und katholische Kirche in Mainz haben in einem gemeinsamen offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wirksame Maßnahmen gegen den zunehmenden Fluglärm in der Rhein-Main-Region gefordert. Die Kanzlerin, deren Regierungsmaschine am 21. Oktober als erstes Flugzeug auf der neuen Nordwest-Bahn landen soll, müsse ihrer Verpflichtung zum Schutz der Menschen nachkommen, heißt es in dem am Montag veröffentlichten Schreiben. Nachdrücklich fordern die Kirchen unter anderem ein uneingeschränktes Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens sowie steilere An- und Abflüge.

„Für die Menschen in der Region ist diese Eröffnung ein bitterer Tag“, heißt es in dem offenen Brief des Evangelischen Dekanats Mainz und des Katholischen Dekanats Mainz-Stadt. Die Zusagen aus den jahrelangen Mediationsgesprächen

seien „in allen wesentlichen Punkten nicht realisiert“ worden, kritisieren die Kirchen. Die vom Lärm geplagten Menschen fühlten sich deshalb nicht mehr ernst genommen.

Durch die Inbetriebnahme der neuen Nordwest-Landebahn wird die Kapazität des Frankfurter Flughafens von derzeit 460 000 auf über 700 000 Flugbewegungen pro Jahr ansteigen. Entgegen ursprünglicher Versprechen soll es nach den Vorgaben der hessischen Landesregierung nach dem Ausbau künftig weiter bis zu 17 Nachtflüge geben.

Auch die SPD will in Rheinland-Pfalz und Hessen verstärkt gegen Fluglärm durch den Frankfurter Flughafen vorgehen. Die Landesvorsitzenden Kurt Beck und Thorsten Schäfer-Gümbel forderten gestern in Mainz eine Änderung der geplanten Flugrouten und ein Nachtflugverbot.

Siehe auch Seite 5



AZ und MRZ vom 27.9.2011